



Der Magistrat

Dezernat für Umwelt
und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

010400

7. September 2017

SV 17-V-36-0009

Planfeststellungsverfahren „Neubau Schienenfahrzeugwerkstatt und Außenreinigungsanlage mit Gleisanschluss auf dem Gelände des Industrieparks Kalle-Albert in Wiesbaden“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vorbezeichnete Sitzungsvorlage ist in folgenden Punkten in der nachfolgend geänderter Fassung zur Beschlussfassung vorzulegen:

Seite 3 C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

1.1 Von dem Planfeststellungsverfahren nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i.V.m. §§ 73 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) für den Neubau einer Schienenfahrzeugwerkstatt und Außenreinigungsanlage mit Gleisanschluss auf dem Gelände des Industrieparks „Kalle-Albert“ in Wiesbaden und der Beteiligung der LH Wiesbaden im Rahmen der Anhörung wird Kenntnis genommen (Anlage 1 und 2).

1.2 Die Stellungnahmen der beteiligten Behörden und der städtischen Fachämter werden zur Kenntnis genommen (Anlage 3).

1.3 Die Beantragung und Genehmigung einer Fristverlängerung beim Regierungspräsidium Darmstadt bis zum 15.09.2017 wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Gesamtstellungnahme zu den Vorgaben (Anlage 4) wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Seite 4

**Auswirkungen auf den motorisierten Individualverkehr
(Austausch 1. Absatz)**

Die Zufahrt zur Werkstatt erfolgt über den vorhandenen Privatgleisanschluss der InfraServ, der an das DB-Netz anbindet. Die Nutzung des geplanten Standortes zieht aber eine Befahrung des Bahnübergangs Kasteler Straße für Rangier- und Umsetzvorgänge nach sich. Die Alternative ohne Befahrung des Bahnübergangs hätte jedoch eine Überbauung des Salzbaches, sowie einen massiven Eingriff in das Schutzgebiet nordwestlich des Salzbaches erforderlich gemacht und wurde deshalb verworfen.

Seite 5

**Auswirkungen auf bestehenden und geplanten öffentlichen Personennahverkehr
(Austausch komplett)**

Der Umbau und die verstärkte Nutzung des bereits vorhandenen privaten Anschlussgleises der InfraServ, der die Kasteler Straße quert, wirkt sich auf den bestehenden und geplanten öffentlichen Personennahverkehr aus. Über die Kasteler Straße verlaufen mehrere ESWE-Buslinien, die die Städte Mainz und Wiesbaden verbinden. Hier sind Verzögerungen im Busverkehr durch die Sperrung des Bahnübergangs nicht auszuschließen. Gleiches gilt für die geplante CityBahn, deren Vorzugstrasse über die Kasteler Straße führt.

**Zusammenfassung
(Austausch komplett)**

Seitens der Stadt Wiesbaden bestehen nach den vorliegenden Stellungnahmen Anregungen und Anmerkungen zu dem geplanten Vorhaben. Hierzu zählen insbesondere seine Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr. Gleichzeitig besteht jedoch auch seitens der Stadt ein hohes Interesse an der Entwicklung von Industrieflächen im Stadtgebiet und somit auch an der Realisierung der Schienenfahrzeughalle. Die Stadt Wiesbaden geht deshalb davon aus, dass im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens auch den Belangen des öffentlichen Personennahverkehrs ein hoher Stellenwert eingeräumt und ein Ausgleich zwischen den beiden legitimen Interessen möglich wird. Hierzu werden bereits die bestehenden Einwendungen/Konflikte zwischen den beiden Handlungsfeldern hinsichtlich organisatorischer und technischer Lösungen intensiv und in enger Absprache mit dem Regierungspräsidium geprüft.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Kowol
Stadtrat